



→ FB 2 zur weiteren Bearbeitung
→ Bestattungsgesetz im GR am 26.1.2021
FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
IM GEMEINDERAT
KARLSTR. 22 69190 WALLDORF
TELEFON 06227-3099922

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Karlstr. 22 D-69190 Walldorf
Frau Bürgermeisterin
Christiane Staab

- Rathaus –
69190 Walldorf



Walldorf, den 11. Dezember 2020

Keine Grabsteine aus Kinderarbeit

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Staab,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Walldorf stellt folgenden Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Walldorf beschließt die Änderung der Friedhofssatzung und nimmt den im Jahr 2013 gestrichenen Passus, dass Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein nur aufgestellt werden dürfen, die „nachweislich aus fairem Handel stammen und ohne ausbeuterische Kinderarbeit“ hergestellt wurden, wieder in die Satzung auf. Die Herstellung umfasst sämtliche Bearbeitungsschritte von der Gewinnung des Natursteins bis zum Endprodukt.

Der Antrag soll nach der erfolgten Gesetzesänderung durch den Landtag Baden-Württemberg, die voraussichtlich Anfang 2021 erfolgen wird, im Gemeinderat behandelt werden.

Begründung:

Auf Anregung der Grünen Fraktion hin wurde 2014 in Unterhaching ein Passus in die Grabmalordnung aufgenommen, der Grabsteine aus Kinderarbeit verbot. Dies war schon wegweisend, jedoch bestand für eine weitergehende Friedhofs-Satzungsänderung keine Rechtsgrundlage.

In den Landtag Baden-Württemberg wurde am 13.11.2020 ein Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU eingebracht, der als Rechtsgrundlage für den Erlass kommunaler Satzungsregelungen schaffen wird, eine Verwendung von Grabmalen aus ausbeuterischer Kinderarbeit auszuschließen. Dafür wird das Bestattungsgesetz um eine spezielle Satzungsermächtigung ergänzt. Darin wird nicht nur die Möglichkeit begründet, ein Verwendungsverbot für Grabsteine zu erlassen, die nicht nachweislich ohne ausbeuterische

Kinderarbeit hergestellt worden sind, sondern auch die grundlegenden Anforderungen an die Nachweispflicht geregelt.

Wir beantragen hiermit, die Friedhofssatzung der Gemeinde Walldorf entsprechend zu ändern.

Wir regen darüber hinaus an, festzulegen, dass nur Natursteine aus EU-Herstellung Verwendung finden dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wilfried Weisbrod, Vorsitzender

Anhang

Gesetzesentwurf der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU